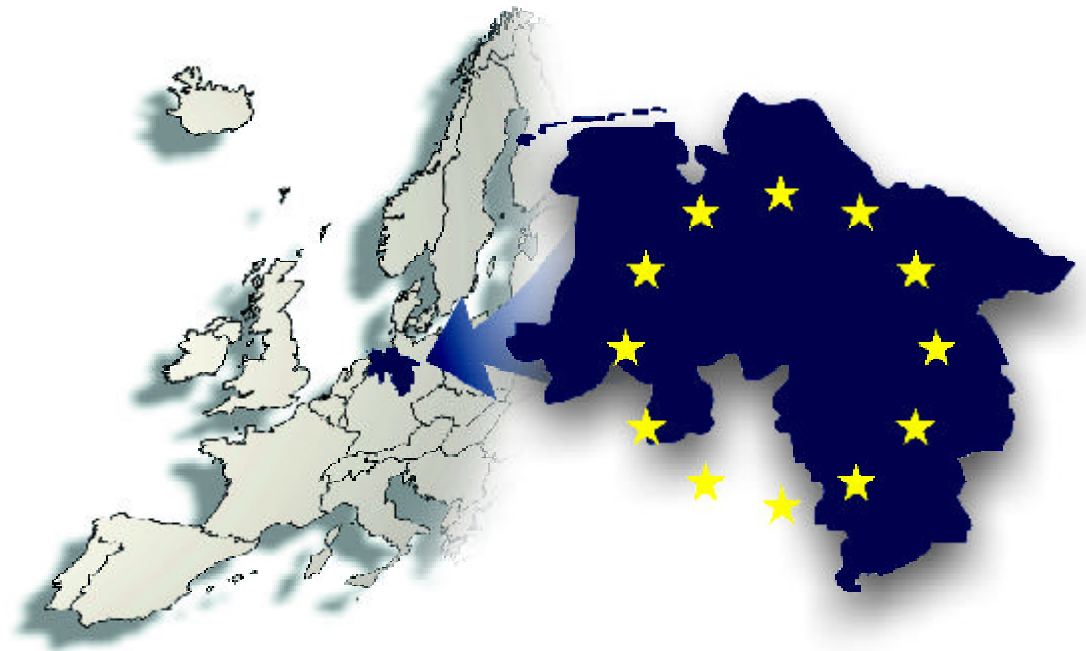


Europa-Fokus

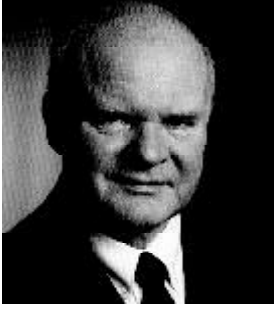
Ein Info-Service der Niedersächsischen
Staatskanzlei



2001/4

Europa wird bunter
Die EU-Erweiterung.

Vorwort	5
Die EU-Erweiterung	7
Hintergründe, Daten und Fakten	
Niedersachsen profitiert von der Erweiterung	11
von Wolfgang Senff	
Niedersachsens Rolle in einer weiterentwickelten und erweiterten Europäischen Union	15
Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 25. Oktober 2001	
Die EU - Erfolgsgeschichte der europäischen Integration	17
von Christian Sterzing	
Europa auf christlichen Grundlagen	19
Zur europäischen Grundwertediskussion in einer erweiterten Union von Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann	
Die Erfahrungen sind frei	23
Ein Essay von Dr. Alena Wagnerová	
Europa wird bunter	25
Informationskampagne des Landes Niedersachsen zur EU-Erweiterung	
Kurzinformationen aus der Zusammenarbeit mit Beitrittsländern	
Lettland auf dem Weg in die EU	29
von Dr. Ronald Machner	
Projekt KOBRA unterstützt Opfer von Frauenhandel	30
von Theda Kröger	
Umweltministerium plant Twinning-Partnerschaften mit Polen und der Slowakei	31
von Carola Schneider	
Internationales Polizeiprojekt zur EXPO 2000	32
von Wolfgang Horn	
Partnerschaft zu Posen unter „Regions“-Vorzeichen	34
Interview mit dem neuen Präsidenten der Region Hannover, Dr. Michael Arndt	
Projekt „Internationale Abwasserpartnerschaften“ - ein Mosaik im EU-Erweiterungsprozess --	35
von Manfred Klein	
Infos über Europa - Nützliche Adressen	37



Wolfgang Senff, MdL
Niedersächsischer Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Erweiterung der Europäischen Union (EU) um bis zu zwölf neue Mitglieder steht unmittelbar bevor. Doch was kommt im Einzelnen auf uns zu? Wird unsere Wirtschaft dem Konkurrenzdruck aus Ländern mit einem wesentlichen niedrigeren Lohnniveau standhalten? Und wie wird sich die Situation auf den Arbeitsmärkten entwickeln? Hinter diesen Fragen verbirgt sich ein Teil der Skepsis gegenüber der EU-Erweiterung, wie sie in den Meinungsumfragen der letzten Monate immer wieder deutlich wird. Deswegen ein Europa-Fokus zu diesem Thema.

Wir wollen Sie informieren über die Chancen und Risiken der Erweiterung im Allgemeinen und speziell bezogen auf Niedersachsen. Und wir wollen versuchen, eventuelle Vorbehalte gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern abzubauen.

In diesem Heft bieten wir Ihnen Hintergründe und Aktuelles zum Thema. Außerdem stellen wir Ihnen die jetzt in Niedersachsen anlaufende Informationskampagne zur EU-Erweiterung vor, die wir mit Unterstützung der Europäischen Kommission und in Zusammenarbeit mit niedersächsischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft ins Leben gerufen haben.

Ich würde mich freuen, wenn es uns gelänge, die Köpfe und die Herzen der Menschen für ein erweitertes Europa zu gewinnen.

Wolfgang Senff

Die EU-Erweiterung

Hintergründe, Daten und Fakten

Kopenhagener Beitrittskriterien

1. Erfordernis institutioneller Stabilität als Garantie für
 - demokratische und rechtsstaatliche Ordnung
 - die Wahrung der Menschenrechte sowie für die Achtung und den Schutz von Minderheiten
2. Bestehen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten
3. Verpflichtung zur Einhaltung der Ziele und Übernahme des Besitzstandes der EU

Beitrittskandidaten

Seit 1998 führt die EU offizielle Beitrittsverhandlungen mit:

- Polen
- Ungarn
- Tschechien
- Slowenien
- Estland
- Zypern

Hinzu kommen sechs weitere Länder, mit denen die EU seit Ende 1999 verhandelt:

- Lettland
- Litauen
- Slowakei
- Malta
- Bulgarien
- Rumänien

Die Türkei hat ebenfalls den Status als Beitrittskandidatin, die Aufnahme von Verhandlungen scheiterte jedoch bisher an der fehlenden politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen.

Das neue Jahrhundert beginnt mit einer neuen Perspektive für Europa: Zum ersten Mal nach mehr als 50 Jahren gibt es konkrete Chancen für einen ökonomisch, sozial und kulturell geeinten Kontinent. Nicht zuletzt die Terroranschläge in den USA haben Europa schmerzhaft daran erinnert, dass Wohlstand und Frieden - die Grundideen der europäischen Einigung - verletzliche Güter sind. Bei der Terrorismusbekämpfung zeigt sich derzeit deutlich, dass ein Nationalstaat viele Aufgaben nicht mehr alleine lösen kann.

Hilfe beim Aufbau demokratischer Systeme

Mit der Entscheidung des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993 stellte die Europäische Union (EU) den mittel- und osteuropäischen (MOE) Ländern den Beitritt in die Gemeinschaft in Aussicht. Die Länder sollten nach dem Zusammenbruch des Ostblocks beim Aufbau demokratischer Systeme und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft unterstützt werden. In Kopenhagen formulierte die EU auch politische und wirtschaftliche Bedingungen für den Beitritt, die „**Kopenhagener Kriterien**“, und stellte finanzielle Hilfen zur Angleichung der Rechtssysteme zur Verfügung. Seit 1998 bzw. 1999 ist die EU in offiziellen Verhandlungen mit den **Beitrittskandidaten**. Die meisten Länder verzeichnen inzwischen substanzielle Fortschritte auf ihrem Weg in die Europäische Union. Ein wesentlicher Verhandlungsabschnitt ist bereits abgeschlossen: Fast alle Kandidatenländer können auf frei und demokratisch gewählte Regierungen verweisen, auf stabile Institutionen, auf einen stärkeren Schutz der Menschenrechte und auf gefestigte Grundsätze marktwirtschaftlichen Handelns.

Größter Binnenmarkt der westlichen Welt

Nach der Erweiterung ist die neue Gemeinschaft mit einer halben Milliarde Menschen der größte Binnenmarkt der westlichen Welt. Das bringt enorme Vorteile für die europäische Wirtschaft und sichert langfristig Arbeitsplätze. Außerdem ist damit der Grundstein für eine ausbaufähige Stellung im globalen Wettbewerb gelegt. Dazu beitragen wird sicher auch der Euro.

Einen „Wachstumsimpuls“ durch die Erweiterung ab 2004 um 0,7 Prozentpunkte jährlich prognostizierte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft im Juli 2001 für die alte Gemeinschaft. Nach Szenarien der Europäischen Kommission werden Deutschland und Österreich am stärksten davon profitieren. Demgegenüber winkt den Beitrittskandidaten mit ihrem Eintritt in den europäischen Club der

Genuss der so genannten **Grundfreiheiten der Union**. An einigen Stellen sollen diese jedoch vorübergehend eingeschränkt werden. Zum Schutz von Arbeitsmärkten und Wirtschaftsbranchen in den Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern sind in einigen Bereichen Übergangsregelungen vorgesehen, beispielsweise bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und bei der Dienstleistungsfreiheit - z.B. für die Baubranche - von bis zu sieben Jahren.

Die Europäische Union strebt an, die Beitrittsverhandlungen mit den am meisten fortgeschrittenen Staaten bis Ende 2002 abzuschließen, wobei Bulgarien und Rumänien bereits zu erkennen gegeben haben, dass für sie ein Beitritt 2004 verfrüht wäre. Mit den dann bis zu zehn neuen Ländern wird die EU um 75 Millionen Bürgerinnen und Bürger wachsen. Die neuen Mitglieder sollen bereits an den Europawahlen 2004 teilnehmen können.

Voraussetzung ist aber, dass jeder Beitrittskandidat sämtliche politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft erfüllt, wobei strikt nach dem Prinzip Verfahren wird, dass jeder Kandidat die Verhandlungen nach eigenem Tempo abschließt. Es reicht dabei nicht aus, dass die Beitrittsländer das gemeinschaftliche Regelwerk in innerstaatliches Recht übertragen. Sie müssen auch in der Lage sein, dieses durchzusetzen und anzuwenden. Die EU ist auf eine einheitliche Umsetzung des Rechts in allen Mitgliedstaaten angewiesen, wenn gravierende Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden sollen.

Wie geht es aktuell weiter?

Die Beitrittsverhandlungen werden zur Zeit unter belgischem Ratsvorsitz zügig, sorgfältig und erfolgsorientiert weitergeführt. Dabei kommt es zum einen darauf an, dass die 15 Mitgliedstaaten noch in diesem Jahr in einigen wesentlichen Kapiteln einen gemeinsamen Standpunkt finden. Dazu gehören insbesondere

- die Verkehrspolitik, insbesondere eine eventuelle vorübergehende Beschränkung des Zugangs zum nationalen Straßengüterverkehrsmarkt,
- die Steuern,
- die Landwirtschaft, unter besonderer Beachtung der Tiergesundheit und der öffentlichen Gesundheit in Schlachthäusern und Molkereien,
- Justiz und Inneres, insbesondere Sicherung der künftigen Außengrenzen der EU,
- die Energiepolitik, hier vor allem die nukleare Sicherheit,
- und die Umweltpolitik.

Grundfreiheiten der Union

- Freier Warenverkehr
- Freier Personenverkehr
- Freier Dienstleistungsverkehr
- Freier Kapitalverkehr

Ab 2004 kann eine bis zu zehn Staaten umfassende Beitrittsgruppe in die EU aufgenommen werden.

Prinzip: Jeder Kandidat schließt die Verhandlungen nach eigenem Tempo ab.

Einige kontroverse Verhandlungskapitel stehen noch an.

„Es ist eindeutig, dass die Perspektive der Mitgliedschaft die Stabilisierung der jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa entscheidend begünstigt hat.“

EU-Kommissar Günter Verheugen, zuständig für Erweiterung, Anfang September 2001 in Straßburg

Des Weiteren müssen auf dieser Grundlage Einigungen mit den Beitrittsländern erzielt werden, die an die bereits gefundenen Kompromisse mit einigen Beitrittsländern in den Bereichen „Freier Kapitalverkehr“ und „Freizügigkeit“ anknüpfen. Schließlich werden die 15 unter spanischem Vorsitz im 1. Halbjahr 2002 die wichtigen Aspekte der allgemeinen Landwirtschaftspolitik und der Regionalpolitik aufbereiten, um mit den Beitrittsländern zu einer umfassenden Einigung zu kommen.

Was kostet die Erweiterung?

Insgesamt gesehen werden mittelfristig alle von der erweiterten Union profitieren. Aber kurzfristig werden voraussichtlich mehr Altmitglieder zu Nettozahlern, das heißt, sie zahlen mehr ein, als sie durch Strukturmittel und andere Förderungen von der EU zurückbekommen. Genaue Prognosen für die Kosten der Erweiterung sind derzeit kaum möglich, da vieles noch unklar ist, so z.B. die Reihenfolge und die Zeitpunkte der Beitritte sowie die Entwicklung des Bruttonationalproduktes (BSP). Des Weiteren stehen die Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik und zu Strukturpolitik noch aus. Nach den bisherigen Schätzungen wird jedoch ein Anstieg der Ausgaben die Obergrenze von 1,27 Prozent des BSP der Mitgliedstaaten nicht überschreiten. Die Mitgliedstaaten, also auch Deutschland, zahlen im Moment 1,06 Prozent ihres BSP in den EU-Haushalt ein.

Niedersachsen und Europa

im Internet

www.niedersachsen-und-europa.de

Das Portal der Europa-Seiten des Landes Niedersachsen

www.eiz-niedersachsen.de

Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen

www.europa-fokus.de

Europa-Fokus Niedersachsen

www.futurum.eiz-niedersachsen.de

Futurum - Debatte zur Zukunft Europas

Das Informations-Special des EIZ Niedersachsen

www.europa-wird-bunter.de

Europa wird bunter - Die EU-Erweiterung.

Die Informationskampagne des Landes Niedersachsen

www.nireb.de

Niedersächsischer Rat der Europäischen Bewegung - NIREB

www.europaminister.de

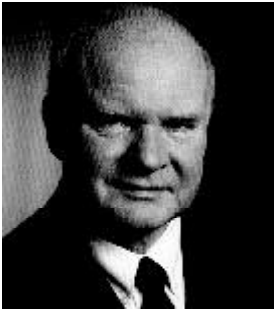
Europaministerkonferenz - EMK

Konferenz der Europaminister und -senatoren der deutschen Länder

Vorsitz Niedersachsens von Juli 2001 bis Juni 2002

Niedersachsen profitiert von der Erweiterung

von Wolfgang Senff



Wolfgang Senff, MdL
Niedersächsischer Minister für
Bundes- und Europaangelegenheiten
in der Staatskanzlei

Europa wird um zwölf neue Länder erweitert. Ich sehe das vor allem als Bereicherung, sowohl kulturell und politisch als auch wirtschaftlich und sozial. Schon jetzt, im sog. Vorbeitrittstadium, profitieren wir von der wachsenden Stabilität unserer östlichen Nachbarländer. Dennoch sind gewisse Probleme, denen wir uns seit dem Zusammenbruch des Ostblock gegenüber sehen, nicht von der Hand zu weisen. Ich gehe aber davon aus, dass die zunehmende Rechtssicherheit, der steigende Wohlstand sowie die Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten in den Beitrittsländern weitere Fortschritte bringen werden.

Wie sich letztendlich die Erweiterung im Einzelnen auf Deutschland und Niedersachsen auswirken wird, hängt auch davon ab, wie es uns als Bundesländern gelingt, in den Beitrittsverhandlungen auf unsere Probleme vor Ort hinzuweisen. Hinsichtlich der Öffnung der EU-Arbeitsmärkte konnten wir eine Übergangsfrist erreichen. Generell besteht die Kunst der Beitrittsverhandlungen aber darin, den Balanceakt zwischen den Vorteilen des Binnenmarktes einerseits und übermäßigen Belastungen der Märkte andererseits auf dem dünnen Seil zwischen Alt- und Neumitgliedern zu meistern. Die niedersächsische Landesregierung ist allerdings fest davon überzeugt, dass es in den sensiblen Bereichen zu tragfähigen Absprachen zwischen der EU und den Beitrittsländern kommt. Als sensibel gelten: Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit, Güterverkehr, Kapitalverkehr, Umwelt, Agrarprodukte sowie innere Sicherheit und Verwaltungsorganisation. Wir haben uns im Bundesrat dafür eingesetzt, dass gerade in diesen Bereichen die Übernahme und die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands von den Beitrittsländern so zügig wie möglich gewährleistet wird.

Risiken für Arbeitsmarkt und Handwerk gering

Im Bereich des **Binnenmarktes** sehe ich keine wesentliche Gefährdung unseres Arbeitsmarktes und des Handwerks. Zwar ist mit einer Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa (MOE) nach Westeuropa in den ersten Jahren zu rechnen, insbesondere in die Bundesrepublik. Durch die vorgesehenen Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit

und für einige Sektoren der Dienstleistungsfreiheit - wie z.B. dem Baugewerbe - kann dem befürchteten Verdrängungswettbewerb jedoch wirksam begegnet werden.

Im Übrigen sind die Beitrittsländer gehalten, den rechtlichen Besitzstand der EU gerade im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik zügig umzusetzen. Das wird auch sorgsam von der EU kontrolliert. Gleiche Pflichten insbesondere beim Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz werden auch in den Beitrittsländern die Lohnkosten anheben und damit Wettbewerbsverzerrungen vermeiden.

Von der Peripherie ins Zentrum gerückt

In **wirtschaftlicher Hinsicht** erwarte ich beträchtliche Vorteile für Niedersachsen. Wir sind von einer wirtschaftsgeographischen Randlage gegenüber den traditionellen Wirtschaftszentren der EU ins Zentrum gerückt. Die nachteilige Lage war beispielsweise Anlass für die sog. „Zonenrandförderung“, die ausdrücklich in den EG-Verträgen gebilligt wurde. Schon mit der deutschen Einheit ist Niedersachsen weiter in die Mitte Europas gerückt und nach der Osterweiterung wird das Land eine noch zentralere Position einnehmen. Die langjährige europäische Nord-Süd-Orientierung wird dabei um eine neue Ost-West-Achse erweitert. Niedersachsen hat nun die Chance, eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einzunehmen und zum Drehkreuz für Waren- und Verkehrsströme eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes zu werden.

Durch die Erweiterung rückt Deutschland näher an Absatzmärkte in Mittel- und Osteuropa heran, von denen Niedersachsen besonders profitiert. So stieg der Export niedersächsischer Produkte allein im Jahr 2000 um über 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt haben sich die Exporte zwischen 1996 und dem Jahr 2000 von 3,9 Milliarden Mark auf fast 9 Milliarden Mark mehr als verdoppelt. Ebenso stieg der Import der MOE-Länder nach Niedersachsen zwischen von 1999 und 2000 um 20 Prozent. Die Angleichung der rechtlichen Normen und Verwaltungsvorschriften, der Steuersysteme und der Infrastruktur sowie die höhere Sicherheit für ausländische Investoren wird das wirtschaftliche Wachstum in den Staaten Mittel- und Osteuropas beschleunigen. Weiter verbessern werden sich dadurch auch die Exportchancen niedersächsischer Unternehmen.

Neue Märkte für Agrarprodukte

Für die **Landwirtschaft** gilt ähnliches. Die relative Nähe zu den neuen Märkten der Beitrittsländer mit mehr als 100 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern bringt Niedersachsen in eine gute Startposition. Dieser neue Markt birgt ein enormes Exportpotential für niedersächsische Agrarprodukte. Besonders marktfähig sind sicherlich Agrarprodukte mit hoher Qualität und Verarbeitungsstufe. Mehrere niedersächsische Agrarunternehmen, z.B. aus der Zuckerwirtschaft, der Geflügelzucht, der Saatzucht und des Agrarhandels, haben bereits kräftig im osteuropäischen Raum investiert, um sich schon vor der Öffnung der Märkte gute Ausgangsbedingungen zu verschaffen.

Auch die Exportentwicklung kann sich sehen lassen. Nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik exportierte die niedersächsische Ernährungsindustrie im Jahr 1999 Waren im Wert von 303 Millionen DM in die 12 Beitrittsstaaten. Dies entspricht einem Anteil von 4,8 Prozent der Gesamtexporte der Ernährungsindustrie. Importiert wurden Waren im Wert von 295 Millionen DM. Daraus ergibt sich ein Agrarhandelsüberschuss mit den zukünftigen Beitrittsländern von ca. 8 Millionen DM. Agrarhandelsdefizite gab es 1999 mit Litauen, Polen und Ungarn. Der größte Agrarhandelsüberschuss wurde mit Slowenien erzielt. Defizitäre Produktgruppen waren vor allem „Fleisch und Fleischwaren“ sowie „Gemüse, Obstkonserven und Fruchtsäfte“. Auch im Handel mit Maschinen des vor- oder nachgelagerten landwirtschaftlichen Bereichs werden positive Handelsbilanzen mit allen Ländern erzielt. Insgesamt erhöht sich der Handelsüberschuss dadurch auf 46 Millionen DM.

Andererseits können wir nicht ausschließen, dass niedrigere Arbeits- und Bodenkosten in den Beitrittsländern in einigen Bereichen zur verstärkten Konkurrenz mit dem niedersächsischen Agrarsektor führen. Analysen zeigen, dass es in den MOE-Ländern bei Futtergetreide, Roggen, Zucker, Milch und Rindfleisch zu Überschüssen kommen kann, die möglicherweise auch auf den niedersächsischen Markt exportiert werden. Einzelne Länder werden voraussichtlich auch ihre Ausfuhr von Geflügel ausweiten. Dadurch jedoch, dass Rumänien und Bulgarien als Agrarländer noch nicht im ersten Schritt der EU beitreten, entschärft sich das Problem.

Wagt man trotz aller Unsicherheiten eine Prognose, ist nach unserer Auffassung kurzfristig nicht damit zu rechnen, dass die niedersächsischen Agrarmärkte mit Konkurrenzprodukten aus Mittel- und Osteuropa überschüttet werden. Aufgrund der reichlich verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche besteht jedoch langfristig ein großes Produktionspotential in den Kandidatenländern.

Niedersächsische Umweltindustrie gefordert

Hauptaufgabe im **Umweltbereich** ist es, mit Hilfe geeigneter Übergangs- und Umsetzungsvorschriften das in der EU-der-15 erreichte Niveau möglichst rasch auch in den Beitrittsländern umzusetzen. Davon versprechen wir uns positive Wirkungen vor allem in der Luft- und Wasserreinigung und im Bereich der Kernenergie durch die hohen europäischen Schutzstandards. Das hilft auch, Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Standards zu vermeiden.

Andererseits sprechen wir in den Beitrittsländern von einem regelrechten Stau bei Umweltinvestitionen, eine Herausforderung auch für die niedersächsische Umweltindustrie. Hier eröffnen sich sowohl in der klassischen Umwelttechnik als auch im Bereich regenerativer Energien neue Chancen.

Regel Austausch in Bildung und Wissenschaft

Auch in der **Bildung, Wissenschaft und Forschung** macht sich die anstehende Erweiterung bemerkbar. Im Schuljahr 2001/2002 werden allein 148 niedersächsische Schulen durch die europäischen Austauschprogramme Sokrates/Comenius gefördert. Von den 432 bestehenden Schulpartnerschaften stehen solche mit Polen auf Platz Nummer eins (56), noch vor den Partnerschaften mit italienischen (46), britischen (45) und französischen (41) Schulen.

Vergleichbares zeichnet sich im Hochschulbereich ab. So liegt z.B. die Universität Hannover mit ihren Aktivitäten im Bereich der Vorbeitrittsprogramme wie Tempus-Phare an erster Stelle aller Hochschulen in Deutschland. Außerdem wird mit dem Landesprogramm zur Internationalisierung der Hochschulen seit 1999 die Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen unterstützt. Darüber können u.a. die Reisekosten für Kurzaufenthalte von Wissenschaftlern aus ost- und südosteuropäischen Hochschulen gefördert werden.

Schutz vor Kriminalität und illegaler Einwanderung

Von großer Bedeutung sind schließlich die Auswirkungen der Erweiterung auf die **innere Sicherheit**. Als Sicherheitsgemeinschaft - wie in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam festgelegt - hat die Union insbesondere den Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und illegaler Einwanderung zu gewährleisten. Die EU wird alles tun, um die Gefahren im Bereich der organisierten Kriminalität, dem illegalen Drogenhandel, der Geldwäsche, von Betrug und Korruption sowie illegaler Einwanderung weitestgehend zu minimieren. Auch der Bundesrat hat aufgrund einer Initiative Niedersachsens die vollständige und mit dem Beitritt wirksame Umsetzung des Schengen-Besitzstandes zu einer Hauptforderung gemacht. Dementsprechend müssen die Beitrittskandidaten nun nachweisen, dass sie die Sicherheitsstandards der EU umsetzen und anwenden. Die effektive Bekämpfung der Kriminalität, das Vorhandensein funktionierender und effizienter Strukturen zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, die Beteiligung am Schengener (Fahndungs-) Informationssystem (SIS) und eine effektive Sicherung der zukünftigen Außengrenzen der EU sind die zwingenden Voraussetzungen für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen. Schon heute können die Beitrittsländer Teile des Schengen-Besitzstandes, wie etwa die Bestimmungen zur polizeilichen Zusammenarbeit und zur grenzüberschreitenden Nacheile und Observation im Sinne einer Übergangslösung realisieren. Über die Umsetzung der „Schengen-Standards“ in den Beitrittsländern wacht die EU inzwischen mit Argusaugen.

Die Bundesländer und der Bund unterstützen mit ihren Länderpolizeien, dem Bundesgrenzschutz und dem Zoll in Form von zahlreichen Ausbildungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfen im Rahmen von Partnerschaften bereits jetzt die Beitrittsländer beim Erreichen der geforderten Standards. Die Projekte werden zum Teil mit Fördermitteln der EU kofinanziert und durch eine eigens dafür eingerichtete Bund-Länder-Koordinierungsstelle beim Bundesministerium des Innern gesteuert.

Einen entsprechenden Beitrag zur Entwicklung des Sicherheits-Acquis wird auch Niedersachsen durch den Ausbau der Kontakte der Polizei zu der Partnerregion Niederschlesien (Polen) und zur Republik Ungarn leisten. Außerdem hat Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Juli 2001 eine Rahmenkonzeption zur Intensivierung der

Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Kraft gesetzt, das als Frühwarnsystem funktionieren und zugleich die Grundlagen für eine beweiskräftige Strafverfolgung liefern soll.

Im Kampf gegen den Frauen- und Menschenhandel haben Innen-, Justiz- und Frauenministerium ein Kooperationskonzept zwischen Fachberatungsstellen und der Polizei für den Schutz von Opferzeuginnen und -zeugen von Menschenhandel entwickelt.

Die EU-Erweiterung ist ein komplexer und dynamischer Prozess. Er wirkt bereits seit einigen Jahren auf Deutschland und Niedersachsen, das wird sich in nächster Zeit fortsetzen. Die Erweiterung birgt Chancen und Risiken, aus meiner Sicht überwiegen die Chancen ganz deutlich: Chancen für Wirtschaft und Landwirtschaft, bessere Rahmenbedingungen für die Umwelt, Ausbau der internationalen Bildungs- und Hochschulkontakte. Die Erweiterung wird unsere Sicherheitslage stabilisieren und die Stellung der EU in der Welt festigen.

Niedersachsens Rolle in einer weiterentwickelten und erweiterten Europäischen Union

Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 25. Oktober 2001

Mit dem Vertrag von Nizza, der darin bekräftigten Bereitschaft zur klaren Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips sowie mit der bevorstehenden Erweiterung um mittel- und osteuropäische Staaten erreicht der europäische Integrationsprozess eine neue Dimension. Sie hat nicht nur Auswirkungen auf die herkömmlichen Strukturen der Mitgliedsstaaten; vielmehr stellt die geforderte klare Kompetenzabgrenzung die nationale Ebene vor völlig neue Herausforderungen und berührt ebenso die Ebene der Länder und Regionen.

Der Niedersächsische Landtag sieht es auch weiterhin als seine Aufgabe an, diesen Integrationsprozess politisch zu unterstützen und für seine Akzeptanz im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu werben, aber auch - möglichst im Einklang aller Länder - auf die besondere Berücksichtigung der Landesinteressen zu drängen.

Dabei kommt der Aufgabe besondere Bedeutung zu, Wege zu finden, die Landesinteressen durch eigene Aktivitäten auf EU-Ebene verstärkt zur Geltung zu bringen.

Anknüpfend an seine Entschlüsse zum Maastrichter Vertrag und der Entschließung zur Regierungskonferenz 2000 hält es der Niedersächsische Landtag deshalb für geboten, die folgenden Feststellungen zu treffen und Forderungen zu erheben.

Regierungskonferenz 2004

Die Regierungskonferenz von Nizza hat die zur institutionellen Vorbereitung der Erweiterung notwendigen Vertragsänderungen beschlossen und damit den Weg zur Erweiterung frei gemacht. Zugleich hat sich die Regierungskonferenz in Nizza auf weitere zukünftige Schritte zu einer umfassenden Reform der Europäischen Union verständigt und eine nächste Regierungskonferenz für 2004 in Aussicht gestellt. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden deshalb für Bürgerinnen und Bürger, für die Mitgliedsstaaten und für die Union selbst von erheblicher Bedeutung sein.

Erfolg kann die Konferenz indes nur haben, wenn es nicht nur gelingt, die unerlässlichen administrativen Reformen zu vollenden und zu der geforderten Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten zu kommen, eine von den Bürgerinnen und Bürgern bewusst erlebte und gewollte „Europäische Union der 500 Millionen Einwohner“ kann nur dann bestehen, wenn es im Zuge dieses Prozesses gelingt, die regionalen Eigenheiten, die kulturelle Vielfalt, aber auch tradierte Formen selbstverwalteten und gestalteten Zusammenlebens zu erhalten und so eine dauerhafte Stärkung der Mitgliedsstaaten, der Regionen und ihrer Kommunen zu erreichen.

Dies schließt eine stärkere Teilhabe der nationalen wie der regionalen Parlamente an der europäischen Rechtsetzung ein. Zu diesem Zweck sollte zur Regierungskonferenz 2004 eine Vorbereitungsgruppe - vergleichbar dem Grundrechtekonvent - eingesetzt werden.

Der Niedersächsische Landtag macht sich daher die darauf zielenden Forderungen der „Entschließung die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente zur Weiterentwicklung der europäischen Union und zur EU-Osterweiterung“ vom 3. Mai 2001 ausdrücklich zu eigen.

Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Eine erfolgreiche Vertretung der Landesinteressen kann sich nicht nur auf die Beteiligung der Länder über den Bundesrat beschränken; zu ihr gehören ebenso präzise Festlegungen von Inhalt und Zielen einer eigenständigen niedersächsischen Europapolitik und deren Durchsetzung auf allen Ebenen. Vorrang kommt dabei einer Stärkung des Landesengagements auf der EU-Ebene selbst zu.

Dazu erscheinen insbesondere die folgenden Maßnahmen geeignet:

- Förderung der europapolitischen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Qualifizierung und Bereitschaft zur Mitarbeit in Europaangelegenheiten muss Voraussetzung für die Übertragung höherwertiger Aufgaben werden,
- stärkere Betonung des ‚Europa-Know-how‘ vor allem in den verwaltungsbezogenen Ausbildungs- und Studiengängen. Zur Qualifizierung von Nachwuchsführungskräften ist zudem - ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Ländern - an die Schaffung von besonderen Fortbildungsangeboten und die Einrichtung entsprechender Führungsseminare zu denken,
- vermehrte Entsendung nationaler Expertinnen und Experten in die Europäische Union und deren planvoller Einsatz in der Landesverwaltung nach Rückkehr,
- Öffnung des Landesdienstes für eine befristete Mitarbeit von Bediensteten der EU,
- Ausbau der niedersächsischen Landesvertretung durch Personalaufstockung und Verbesserung der räumlichen Unterbringung; Festlegung von Zielvorgaben und eines Aufgabenkatalogs zur Effizienzsteigerung, Ziel muss eine kontinuierliche Beobachtung aller für Niedersachsen bedeutsamen EU-Politikbereiche, die frühzeitige Einspeisung solcher Informationen in die Landesverwaltung und die wirksame Unterstützung bei der Geltendmachung niedersächsischer Belange gegenüber Kommission, Rat, Europäischem Parlament, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen sein,
- intensivere Wahrnehmung der dem Landtag zustehenden Beteiligungsmöglichkeiten an EU-Angelegenheiten; im Hinblick auf die Terminzwänge des Beteiligungsverfahrens, die zeitgerechte Stellungnahmen des Parlaments oftmals unmöglich macht, ist zumindest für Eilfälle - analog den Regelungen des Deutschen Bundestages - eine Äußerungsmöglichkeit des zuständigen Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten vorzusehen,
- dauerhafter Erhalt und - soweit nötig - weiterer Ausbau des Europäischen Informations-Zentrums als zentrale Einrichtung eines EU-Informations- und Beratungsnetzwerkes für Behörden, Wirtschaft und Verbände, sowie als Anlaufstelle für Jugendliche zur Information über jugendrelevante Förderprogramme der EU,
- verstärkte Förderung von niedersächsischen Forschungs- und Technologieeinrichtungen über die bereits bestehenden EU-Hochschulbüros,
- Verankerung des Europagedankens als integraler Bestandteil von Schul-, Hochschul- und Berufsausbildung. So müssen Praktika bei Einrichtungen in Brüssel stärker bekannt gemacht, gefördert und unterstützt werden. Durch Vergabe besonderer Europa-Förderstipendien sollte Niedersachsen Anreize schaffen,
- Aufforderung niedersächsischer Forschungs- und Technologieeinrichtungen zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit gleichgelagerten Einrichtungen in den Mitgliedsstaaten der EU wie auch in den Beitrittsländern,
- Stärkung des europäischen und internationalen Schüleraustausches und Förderung von Schulpartnerschaften entsprechend den bereits im Hochschulbereich bestehenden Partnerschaftsmodellen.

Maßnahmen des Landes zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Regionen der mittel- und osteuropäischen Staaten

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Länder, auch der Landesparlamente, mit Regionen der mittel- und osteuropäischen Staaten vermag einen wichtigen Beitrag zur Heranführung dieser Staaten an die Europäische Gemeinschaft zu leisten.

Damit werden nicht nur die Beitrittsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten erleichtert und Möglichkeiten für einen leichteren Marktzugang eröffnet. Die Unterstützung beim Aufbau leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen und die Mithilfe bei der Transformation des Gemeinschaftsrechts können auch die Entwicklung dezentraler und föderaler Strukturen in den Beitrittsländern fördern. Als ein Beitrag dazu kommt auch der befristete Austausch von Verwaltungspersonal in Betracht.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, in diesem Sinne durch eigene Angebote an die Beitrittsländer aktiv zu werden. Ein Schwergewicht ist dabei auf die Unterstützung im Rahmen bereits bestehender Partnerschaften zu legen.

Die EU - Erfolgsgeschichte der europäischen Integration

von Christian Sterzing



Christian Sterzing, MdB
Mitglied im Ausschuss des Deutschen Bundestages für die
Angelegenheiten der Europäischen Union,
Europapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Geschichte der EU ist eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte der Integration. Vier Erweiterungsrounden hat die Europäische Union seitdem vollzogen. Dabei ist es der EU gelungen, Länder mit unterschiedlichen Lebensstandards zu integrieren. Die jungen Demokratien Spaniens und Portugals wurden nach langen Jahren der Diktatur gefestigt. Irland hat sich vom „Armenhaus Europas“ zu einer boomenden Region entwickelt. Die jetzt geplante Erweiterung ist aber einzigartig: Erstmals werden auch ehemals sozialistische Staaten Osteuropas einbezogen. Das ist eine große Herausforderung: Für die Beitrittsstaaten, weil sie ihr wirtschaftliches und politisches System an die EU anpassen müssen. Für die EU, weil sie sich selbst reformieren muss, damit sie auch mit 27 oder mehr Mitgliedstaaten noch effektiv arbeiten kann. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es eine neue Chance für die Einigung des europäischen Kontinents.

Historische, politische und wirtschaftliche Gründe sprechen eindeutig für eine Erweiterung: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundlagen der Europäischen Union. Je enger Europa zusammenrückt, desto größer sind Stabilität und Sicherheit für alle. Schließlich wird der größte Binnenmarkt der Welt entstehen. Gerade Deutschland, das jetzt schon wirtschaftlich erheblich profitiert, wird künftig noch mehr Exportchancen haben. Die Europa eigene kulturelle Vielfalt wird weiterhin wichtiges Kennzeichen der EU sein. Die Heterogenität der EU wird zunehmen. Dies birgt gewiss auch Risiken, vor allem aber Chancen für die EU.

Von unten getragen

Um die EU-Erweiterung erfolgreich zu machen, dürfen nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten die EU-Erweiterung befürworten. Im Gegenteil, ein demokratisches und modernes Europa muss die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, um akzeptiert zu werden. Die Menschen sollen das neue Europa erfahren und gestalten: Das geht von Jugendaustausch und Sprachprogrammen bis hin zur gerade begonnenen Debatte um eine gemeinsame europäische Verfassung.

Die Beitrittsstaaten sind gleichwertige Partner der EU. Sie haben enorm hohe Anpassungslasten auf dem Weg in die EU tragen müssen. Um diese Staaten bei ihren Reformen zu stützen, ist eine zügige Erweiterung der Union die richtige Strategie. Mit unserer – auch finanziellen – Unterstützung für die Transformationsprozesse in diesen Ländern erfüllen wir nicht nur eine historische Verpflichtung, sondern eröffnen auch neue Möglichkeiten für Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa. Die erste Erweiterungsrunde sollte noch vor den Wahlen zum Europaparlament 2004 stattfinden. Dann können die neuen Mitglieder an diesen Wahlen teilnehmen.

Um welche Staaten geht es?

Beitrittsverhandlungen werden zurzeit mit zwölf Ländern geführt. Wie schnell die einzelnen Staaten voranschreiten und wer dann tatsächlich an der ersten Beitrittsrunde teilnimmt, kann jetzt noch niemand sagen. Damit die Erweiterung sozialverträglich ausgestaltet werden kann, gibt es jetzt schon Partnerschaftsabkommen mit den Beitrittskandidaten. Für die zukünftigen Grenzen der EU sollte ein Prinzip gelten: Die EU muss grundsätzlich für alle europäischen Länder offen bleiben, auch für die, die sich bislang nicht um einen Beitritt bemüht haben. Die Erweiterung der Europäischen Union darf keine neue Spaltung auf unserem Kontinent schaffen!

Die Perspektive der Beitrittsstaaten

Die Beitrittsstaaten wollen die Erweiterung nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen. Die „Rückkehr nach Europa“ hat für sie auch eine große symbolische Bedeutung. Dennoch werden dort auch Bedenken gegen die EU-Erweiterung laut. Einige Menschen in den Beitrittsländern fürchten eine neuerliche zentrale Steuerung - diesmal aus Brüssel - und sehen ihre nach der Öffnung gewonnenen Freiheiten in Gefahr. In vielen Ländern besteht darüber hinaus Angst, dass z.B. finanzstarke Westeuropäer Grund und Boden kaufen und die Preise in die Höhe treiben. Die EU-Befürworter werden dort langsam weniger – aus Enttäuschung, dass ihre immensen Reform-Anstrengungen nicht gewürdigt werden. Es ist daher verständlich, dass die Beitrittsstaaten endlich Licht am Ende des Tunnels sehen wollen.

Arbeitsmärkte und Grenzregionen

In Deutschland wird teilweise befürchtet, dass trotz Wirtschaftswachstums Arbeitsplätze verloren gehen. Vor allem

in den Grenzregionen sorgen sich die Menschen, weil durch die Erweiterung „billigeren“ Arbeitskräften Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gewährt wird. Es ist möglich, dass im Zuge der EU-Erweiterung einige Anpassungsleistungen gemeistert werden müssen. Bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und bei Teilbereichen der Dienstleistungsfreiheit wird es aber flexible Übergangsfristen geben. Sie federn die Folgen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ab. Langfristig betrachtet ist es nicht von Vorteil, wenn wir unsere Nachbarn „draußen“ halten würden. Denn dann bleibt das Lohnniveau dort weiter niedrig und die Tendenz der Abwanderung würde umso größer sein. Gerade die ostdeutschen Regionen können von der Erweiterung sogar profitieren: Sie werden zu wichtigen und zentral gelegenen Standorten in der erweiterten Union. Als zentrale Region im zusammenwachsenden Europa bietet Ostdeutschland Standortvorteile für Unternehmen, die die Märkte in den Beitrittsländern erschließen wollen.

Umweltschutz

Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Mit der EU-Erweiterung besteht erstmals die Chance, gemeinsame Umweltstandards für ganz Europa zu erreichen. Unbestritten besteht gerade in den mittel- und osteuropäischen Staaten noch ein großer Anpassungsbedarf an die vergleichsweise hohen EU-Standards. Gleichzeitig verfügen die mittel- und osteuropäischen Länder über ein großes Potential an Biomasse (z.B. Pflanzenöle, Biogas) zur Erzeugung Erneuerbarer Energien. Außerdem gibt es viele unberührte Landschaften und eine Artenvielfalt, die in Westeuropa längst nicht mehr zu finden ist. Diese Schätze gilt es als gemeinsames europäisches Erbe zu bewahren.

Innere Reform der EU

Damit auch eine erweiterte Union effektiv arbeiten kann, muss sich die EU selbst verändern. Die Regierungskonferenz von Nizza im Dezember 2000 hat hierfür die ersten Schritte eingeleitet. Der Erweiterungsprozess erhöht den Druck, längst notwendige Reformen - wie z.B. in der Agrar- und Strukturpolitik - endlich anzugehen. Die EU muss ökologisch und sozial modernisiert werden. Die Reform muss die europäischen Institutionen nicht nur effektiver, sondern sie einer wirklichen demokratischen Kontrolle zugänglich machen! Damit diese Reform gelingt, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft Europas!

Europa auf christlichen Grundlagen

Zur europäischen Grundwertediskussion in einer erweiterten Union

von Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann



Dr. Margot Käßmann,
Landesbischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Wer heute meint, Europa, europäische Geschichte oder europäische Kultur ohne Kenntnisse der christlichen Religion verstehen zu können, der irrt. Das Christentum hat Europa geprägt. Europa und das Christentum, das ist ein spannungsvolles und gleichzeitig sehr kreatives Verhältnis. Es geht darum, Prozesse kritisch zu begleiten, weder sich völlig anzupassen noch vollkommen abzuschotten. Kritik ist die Fähigkeit des Unterscheidens. Und Gestaltung bedeutet, Christinnen und Christen lassen diese Welt nicht los, weil sie eben Gottes Welt ist. Europa kann doch nicht nur vom Geist des Euro und der Bürokratie geprägt werden. Europa braucht eine Seele! Dabei kann Religion, die die Frage nach dem Transzendenten stellt eine gewichtige Rolle spielen. Kirchliche Erfahrungen auf europäischer Ebene etwa in Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung können eingebracht werden in den Prozess der Europäisierung. Wir brauchen ethische Maßstäbe für Europa und ich bin überzeugt, das Christentum kann dazu einiges beitragen. Folgende Punkte sind Beispiele:

1. Immer mehr Menschen in Europa halten sich für von der Religion emanzipiert, und gleichzeitig boomt die Religion. Werbung ist voll von Religiosität und christlichen Bezügen. Es gibt die Aufgabe der **Rede von Gott in Europa**. Nicht Mission in alten Kategorien, nein! Aber es geht durchaus darum, verständlich und glaubwürdig von Gott zu reden in Europa, eine Sprache zu finden für die Menschen unserer Zeit, die biblischen Geschichten weiter zu erzählen in unsere Zeit hinein.
2. Andere Religionen sind zu respektieren. Wenn Muslime Moscheen bauen wollen, werden sich Christen dafür einsetzen. Gleichzeitig aber werden sie die Forderung erheben, dass Christinnen und Christen in Pakistan, Afghanistan, der Türkei Kirchen bauen können und auch dort Glaubensfreiheit leben können. Gerade gegenüber dem Judentum haben die christlichen Kirchen Europas schwere Schuld auf sich geladen. Hier

zu sagen: „Sie haben gelernt: Juden und Christen sind Verwandte im Glauben. Wer die einen angreift, greift die anderen an“, das ist von entscheidender Bedeutung. Das Europa der Zukunft könnte ein Sinnbild für **Religionsfreiheit** ist.

3. Immer wieder geht es um die Frage, ob Gewalt ein Mittel zur Konfliktbewältigung sein kann. Nach den biblischen und theologischen Befunden des Neuen Testaments kann jedenfalls Krieg meines Erachtens nicht religiös begründet werden. Europa sollte gelernt haben aus der Gewalt, die – viel zu oft religiös legitimiert – hier getobt hat, von hier in andere Teile der Welt getragen wurde. Das Europa der Zukunft als Wahrzeichen der **Gewaltfreiheit** – da hätte die Ökumene ein Signal zu setzen! Deshalb ist es notwendig, dem Missbrauch von Religion bzw. Konfession, wie beispielsweise in Nordirland, die Legitimation zu entziehen.
4. Es geht um die Frage der **Gerechtigkeit**, der Solidarität der Starken mit den Schwachen, der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Das sind Maßstäbe, die wir in Europa hochzuhalten haben. Wie lange wurde dafür gekämpft, dass nicht Klasse, Geschlecht, Herkunft, ethnische Zugehörigkeit entscheiden. Der biblische Maßstab der Gerechtigkeit ist die Situation des schwächsten Gliedes der Gemeinschaft. Da hat Europa einiges aufzuholen, in einer Zeit, die eher danach fragt, wie es dem Dax geht als nach dem Nachbarn, in der Alleinerziehende, Behinderte, Alte an den Rand gedrängt werden.
5. Und es geht um die **Bewahrung der Schöpfung**. Kirchen haben gelernt: Wir können nicht nur bebauen und herrschen, wir müssen bewahren für folgende Generationen. Die christliche Ethik bietet ein nachhaltiges Konzept ökologischen Wirtschaftens an. Die BSE-Krise hat uns neu bewusst gemacht, dass Tiere nicht unbeschadet zum Industrieprodukt degradiert werden dürfen. Das biblische Zeugnis bietet ethische Maßstäbe, die eingebracht werden können.
6. Der Maßstab der **Menschenwürde** ist von den Kirchen in der Debatte stets herauszustellen. Gerade in Fragen der Gentechnologie ist die Menschenwürde von zentraler Bedeutung und ein elementarer Bestandteil der ethischen Diskussion. Immer wieder wird argumentiert mit dem Druck der Forschungskonkurrenz. Da haben die Kirchen durch ihre transnationalen Beziehungen Chancen! Sie sollten beispielsweise mit der russisch-orthodoxen Kirche in ein Gespräch kommen - es kann nicht angehen, dass Russland alles möglich zu sein scheint, während wir über Grenzen der Forschung in unserem Land ringen.
7. Die **Bewältigung der Vergangenheit** ist ein Thema für Europa. Das betrifft die Zeit des Nationalsozialismus, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, den Antisemitismus und die Judenvernichtung, die Stalinzeit und die gesamte kommunistische Ära, den kalten Krieg. Ob Europa ein Symbol der Versöhnung in Gerechtigkeit werden könnte? Ein Kontinent, der die Opfer hört und die Täter dazu befreit, Schuld zu bekennen? Die christliche Tradition hat hierfür vieles anzubieten. Und sie könnte manches beitragen zum Zusammenwachsen Mittel-, West- und Osteuropas.
8. Die **Ökumene** in Europa lebt vom Wissen, dass Menschen in allen Ländern und Völkern dieser Erde zu Gottes Welt gehören. Deshalb sind Flüchtlinge für Christinnen und Christen keine Schmarotzer, sondern biblisch gesehen Fremdlinge, die unsere Hausgenossen sein sollen und politisch gesehen Botschafter des weltweiten Elends. Und Menschen in anderen Ländern sind nicht „überflüssige Menschen auf überflüssigen Kontinenten“, sondern Geschöpfe Gottes mit der gleichen Würde wie jeder Mensch in Europa. Da kann es nicht angehen, dass in Deutschland in den Medien die Auseinandersetzungen von Frau Feldbusch und Herrn Bohlen im Mittelpunkt des Interesses stehen, während nur in Randnotizen über Tote auf Flüchtlingschiffen oder die Zahl von 24.000 verhungerten Kindern pro Tag berichtet wird. Es tut Europa gut, sich einmal mit den Augen Afrikas oder Asiens zu sehen und zu fragen, ob die eigenen Wertvorstellungen in den Beziehungen zu anderen Kontinenten verwirklicht werden...
9. Überhaupt die Medien! Der Technologiestandort Europa muss an die **Menschenwürde jedes Einzelnen** erinnert werden. Pornographie, Gewalt, Menschen in Containern – die Würde des Menschen ist auch dann zu schützen, wenn ein Mensch selbst von ihr Abschied nimmt.
10. Und schließlich die Frauen. Europa ist ein Kontinent, auf dem Frauen nun endlich gleiche Rechte zugesprochen werden - gesetzlich und zunehmend gesellschaftlich. Aber es gibt noch hohe Hürden, etwa die berufli-

chen Aufstiegschancen. Kindererziehung und Altenpflege haben keinen Stellenwert. Ein Klaps auf den Po, so das italienische Kassationsgericht kürzlich, sei vom Chef hinzunehmen. Zwangsprostituierte werden durch ganz Europa gehandelt, Frauen sind Ware. Am biblischen Zeugnis haben die Kirchen neu gelernt: in Christus gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Deshalb werden sie in Europa für die **Rechte und die Würde der Frauen** entschieden eintreten.

Europa hat in der Vergangenheit unendliches Leid über Menschen und Nationen gebracht. Allzu oft haben die Kirchen kooperiert. Könnte nicht das neue Jahrhundert ein

Neubeginn sein, den die Ökumene mitgestaltet? Partnerkirchen in Übersee klagen zu Recht ein, mit Blick auf die Schuldenkrise, auf die Folgen von Kolonialismus und Globalisierung nicht mit zwei Maßstäben zu messen. Ein neues Europa, ein Europa ohne Grenzen, ein Europa der Fremdenfreundlichkeit, der religiösen Toleranz, des Friedens, der Gerechtigkeit – und das nicht nur hinter hohen, abgeschotteten Mauern, sondern in Solidarität mit allen Kontinenten der Welt – das wäre doch eine Motivation zur Gestaltung!



NIREB

**Niedersächsischer Rat
der Europäischen Bewegung**

Sie finden den NIREB jetzt auch im Internet unter
www.nireb.de

Und die blinden- und sehbehindertengerechte Textversion
unter www.text.nireb.de

Die Erfahrungen sind frei

Ein Essay von Dr. Alena Wagnerová



Dr. Alena Wagnerová, Publizistin und Schriftstellerin; geboren und aufgewachsen in Brünn/Tschechoslowakei; lebt seit 1969 in Saarbrücken und seit 1989 in Saarbrücken und Prag

„Prags Rückkehr nach Europa“ kündigte im Frühjahr 1968 die Überschrift auf der ersten Seite der „Zeit“ an. Der Titel irritierte mich. Eine Rückkehr nach Europa? Wieso? Wir sind doch in Europa, wir sind Europa, dachte ich, dachten wir, die angehenden jungen tschechischen und slowakischen Intellektuellen der sechziger Jahre, aus deren Mitte auch Václav Havel kam. Die Überschrift, die indirekt zu verstehen gab, dass wir nicht zu Europa zählen und damit unwillkürlich den status quo ihrer Teilung akzeptierte, widersprach unserem Lebensgefühl. Denn gerade dagegen haben wir uns mit aller Kraft gewehrt. Die Kultur war uns dabei die wichtigste Hilfe, das Programm.

Wir konnten kaum reisen, um so mehr haben wir gelesen. Vor Buchhandlungen standen Schlangen, wenn interessante Titel angekündigt waren. Die Reihe der Namen wäre lang, die uns damals begleiteten, Alexander Solschenizyn gehörte dazu. Von den deutschen könnte man stellvertretend Thomas Mann und Heinrich Böll nennen, später kam auch Günter Grass dazu. Ende der fünfziger Jahre wartete eine große Entdeckung auf uns: Franz Kafka und die Prager deutsche Literatur. Einer der bedeutendsten Autoren der Moderne - und er stammte aus Prag! Für das strenge Blockdenken war es eine Provokation. Die Rekonstruktion des alten Mitteleuropa in unseren Köpfen begann; des schwergeprüften Kulturraumes mit seinen verschwommenen Grenzen, die man genau fühlen aber nicht klar definieren konnte, ein Kulturraum, der immer dazwischen lag und seine Rolle als Westen des Ostens und Osten des Westens selbst nicht genug zu schätzen wusste, um den machtpolitischen Versuchungen zu widerstehen. War es trotz aller Schwierigkeiten nicht der Raum, wo am längsten die Multikulturalität geübt wurde, auch wenn man es damals nicht so nannte, und manchmal eher als Last empfand? Welche Chance wurde hier vertan, indem man immer wieder bereit war, die Vielfalt der Kulturen und Lebensstile gegen die Unifikation des Nationalstaates einzutauschen! „Der reine Tisch“ wurde gemacht, mit den Scherben sind die Nachkommen immer noch beschäftigt.

Eine Lehre, eine Warnung auch für heute. Denn auch das entstehende Haus Europa muss sich vor der Versuchung der Vereinheitlichung hüten, diesem Traum aller Bürokraten, damit die Vielfalt und Eigenart europäischer Regionen mit ihren Produkten und Lebenswelten nicht durch die Regulierungswut kaputt gemacht wird - und austauschbar. Als möchte man die Alpen zu einer Ebene planieren, damit der Verkehr schneller fließen kann. Wäre aber Europa ohne seine vielen Gesichter, seine Buntheit und Mannigfaltigkeit überhaupt ein erstrebenswertes Ziel? Eine Wirtschaftsmacht könnte es vielleicht auch dann sein aber kein Lebensraum. Und darum geht es doch.

Vielleicht liegt auch darin eine der Chancen der Osterweiterung. Es wird nicht so einfach sein, den großen Raum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und wir alle werden lernen müssen, die Andersartigkeit als Reichtum und nicht als Bedrohung zu verstehen, höchstens als eine Herausforderung.

Die Mauer, die Europa vierzig Jahre teilte, hatte allerdings nicht nur eine Seite. Wurde der östliche Teil Europas vom Westen mit Gewalt abgeschirmt, löste sich der Westen vom Osten eher freiwillig ab. Während im Osten sich die Menschen der Anormalität der Teilung immer bewußt waren und sich damit nicht abfinden wollten, hatte der Westen den Osten mit leichter Hand abgeschrieben und richtete sich in seinem Teil Europas ein als wäre es der ganze Kontinent. Eine Westeuropäische Gemeinschaft, die als die Europäische firmierte. Uns, „den Osten“ brauchte man in diesem hochzivilisierten aber auch durchkommerzialisierten Westeuropa offensichtlich nicht.

Im zwölften Jahr nach dem Fall der Mauer, sind die Reste dieser Denkweisen, der alten westlichen Selbstgenügsamkeit immer noch spürbar. Nicht zuletzt auch in dem Begriff der Osterweiterung. Als wäre schon ein Europa da, das sich jetzt nur ostwärts erweitert. Es wäre fatal für die Zukunft der europäischen Gemeinschaft, wenn man den Prozess des Zusammenwachsens Europas als die Kolonialisierung des Ostens durch den Westen verstehen würde. Diese Gefahr wird so lange bestehen, wie sich die Osteuropäer als Europäer zweiter Klasse verstehen, die nur „Nachholbedarf“ haben. Mag man das totalitäre System, in dem sie gelebt hatten, leben mussten, auch ablehnen, nicht aber die alltäglichen menschlichen Erfahrungen, die hier gemacht wurden, die Lebenswelten, die hier entstanden sind. Denn nicht nur die Gedanken auch die Erfahrungen sind frei. Diese Emanzipation des Ostens gegenüber dem Westen steht uns noch bevor.

Dafür müsste aber der Westen seine Selbstgenügsamkeit und Überheblichkeit ablegen und sich auch als defizitär erkennen, für eine Gesellschaft des Überflusses eine besonders schwere Aufgabe. Aber nur in einem solchen behutsamen, geduldigen Dialog unter Gleichen, dem Austausch von Erfahrungen, Lebenskonzepten, alten und neuen Visionen, der Neugierde aufeinander, kann sich Europa in der Gesamtheit seiner Teile nach vierzig Jahren Teilung rekonstruieren und in seiner Vielfalt erneuern. Und gerade dazu braucht der Westen das Ost- und Mitteleuropa als Partner und Gegenpart zugleich. Ist eine funktionierende Wirtschaft auch unverzichtbar, die entscheidende Rolle kommt in diesem Prozess der Kultur zu. Dass die Kultur nicht nur für das Leben, sondern auch für das Überleben einer Gesellschaft unentbehrlich ist, haben gerade die Ostmitteleuropäer im vergangenen Jahrhundert zur Genüge erfahren. Die Wirtschaft kann zwar den materiellen Wohlstand sichern, aber nur die Kultur auch eine Gemeinschaft schaffen.

Europa wird bunter

Informationskampagne des Landes
Niedersachsen zur EU-Erweiterung



Informationen zur Kampagne
des Landes Niedersachsen zur EU-Erweiterung
finden Sie auch im Internet unter

www.europa-wird-bunter.de

Die Erweiterung der Europäischen Union ist nicht länger Zukunftsmusik, sondern sie steht kurz bevor. Mit den ersten Beitritten ist ab 2004 zu rechnen. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein Bewerberland in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

In der Bevölkerung stößt die Erweiterung jedoch auf ein geteiltes Echo. Nach Ergebnissen des jüngsten „Eurobarometers“ befürchten 64 Prozent der Deutschen, dass die Erweiterung Nachteile mit sich bringt. Dem will das Land Niedersachsen mit einer Informationskampagne zur EU-Erweiterung entgegenzutreten. Ziel ist es, die sich schon jetzt abzeichnenden vielfältigen Chancen, aber auch die denkbaren Risiken mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Mit der über mehrere Jahre angelegten Kommunikationsstrategie sollen Bürgerinnen und Bürger fortlaufend informiert und in den Erweiterungsprozess einbezogen werden. Träger der Kampagne ist das Europäische Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen.

Dialog mit der Bevölkerung

Die niedersächsische Erweiterungskampagne ist auf Zusammenarbeit angelegt. Bereits im Vorfeld hatte sich das EIZ Niedersachsen um Kooperationspartner und -partnerinnen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft bemüht. Das Interesse bei Wirtschaftsverbänden, Arbeitnehmerorganisationen, kirchlichen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen war groß, wie eine Umfrage des EIZ in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Rat der Europäischen Bewegung zeigte. Für die ersten Veranstaltungen sind bereits Kooperationen geplant. Darüber hinaus wird eine möglichst breite Beteiligung der Medien angestrebt.

Die **Kampagne** soll zunächst **in zwei Teile** - möglicherweise später um einen dritten Teil ergänzt - durchgeführt werden.

Im ersten Teil von November 2001 bis Mitte 2002 werden vorrangig die Zielgruppen Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Mittelstand angesprochen. Der zweite Teil, der im Sommer 2002 beginnen und bis Anfang 2003 dauern soll, richtet sich vor allem an Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten sowie Ausbildungseinrichtungen.

Das Programm für den ersten Teil der Kampagne steht schon weitgehend fest. Ein bunter Mix aus Vorträgen, Diskussionen und Konferenzen zu den einzelnen Erweiterungsthemen ist geplant, ergänzt um kulturell untermalte Veranstaltungen zu einzelnen Beitrittsländern, Lesungen und Events wie z.B. die Präsentation „Weihnachten in Europa“.

Die gesamte Kampagne steht im Zeichen des Dialogs und für den Dialog stehen unter anderem die Kooperationspartnerinnen und -partner. Das sind bei der Auftaktveranstaltung am 29. November 2001 in Braunschweig die NORD/LB, bei den weiteren Veranstaltungen die Landwirtschaftskammer, der Landvolkverband, die Handwerkskammern, die Initiative „Bau Niedersachsen“, Mittelstandsverbände und viele mehr.

Neben den rein sachlichen Informationsveranstaltungen sollen insbesondere die kulturellen Angebote die Herzen für die Erweiterung erwärmen. Hier ist als größeres Event die Präsentation „Weihnachten in Europa“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Celle geplant. Am Beispiel von Polen, Italien, Frankreich und Litauen werden Weihnachtsbräuche, -märchen, -lieder und -geschichten vorgestellt sowie Weihnachtsspezialitäten und traditionelle Handwerkskunst dargeboten. Das Bundesland Thüringen ist ebenfalls beteiligt.

Im zweiten Teil der Kampagne soll am 17./18. August 2002 eine vergleichbare Veranstaltung in der Stadt Papenburg im Zusammenhang mit der weit über Niedersachsen hinaus bekannten Blumenpräsentation an einem Wochenende im Sommer 2002 durchgeführt werden. Neben der Blumenkunst in unterschiedlichen europäischen Ländern soll themenbezogen aus Sicht verschiedener europäischer Länder die Vielfalt der Kultur und der Geschichte in Europa dargestellt werden. Ein konkretes Konzept wird derzeit mit der Stadt Papenburg erstellt.

Unter der Rubrik Kultur sind außerdem laufend Vortragsveranstaltungen und Autorenlesungen mit Bezug zu den Erweiterungsländern geplant, beginnend im November diesen Jahres gemeinsam mit der Buchhandlung Decius in Hannover mit einem Malta-Abend.

Der zweite Teil der Erweitungskampagne richtet sich an Jugendliche und Auszubildende. Für sie sind Informationsveranstaltungen an Schulen in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und mit Unterstützung durch die Volkswagen AG geplant. Dabei stehen Informationen über die Erweiterungsländer, über Austauschprogramme, Sprachaufenthalte und Praktika auf dem Programm. Auch unter den jungen Menschen soll ein Dialog entstehen. Durch die Förderung des politischen, demokratischen und europäischen Bewusstseins soll die Überzeugung gestärkt werden, dass eine enge Zusammenarbeit aller europäischen Länder - auch der Länder Mittel- und Osteuropas - eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, den Frieden und den Wohlstand in Europa zu erhalten.

Informationen zu Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne des Landes Niedersachsen finden Sie auf der nächsten Seite.

Erleben Sie
Weihnachten
in Europa

- ★ Weihnachtsbräuche
- ★ Weihnachtsmärchen
- ★ Weihnachtsspezialitäten
- ★ und vieles mehr...

08./09.12.2001
Schloss Celle
10-17 Uhr

eiz Das Europäische Informationszentrum Niedersachsen lädt ein
www.eiz-niedersachsen.de

Veranstaltungskalender

Geplante Veranstaltungen im Rahmen der Informationskampagne des Landes Niedersachsen zur EU-Erweiterung (Stand November 2001)



29. November 2001 - Donnerstag - 19:00 Uhr

EU-Erweiterung: Perspektiven für Niedersachsen

Ort: Braunschweig, NORD/LB-Zentrum, Europaplatz

Auftaktveranstaltung zur Informationskampagne des Landes Niedersachsen zur EU-Erweiterung mit dem Niedersächsischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Wolfgang Senff.

TERMINE 2001

27. November 2001 - Dienstag - 20:00 Uhr

Malta-Abend - Autorenlesung und Malta-Info

Ort: Hannover, Buchhandlung Decius, Marktstr. 52

Hannelore Marzi, Erzählerin, Übersetzerin und Herausgeberin von Märchen aus Europa und dem Vorderen Orient, liest Märchen über Malta. Botschaftsrat Edwin Abela von der maltesischen Botschaft in Deutschland wird einen Vortrag über die Kultur Maltas und die Erwartungen seines Landes an den EU-Beitritt halten.

29. November 2001 - Donnerstag - 16:00 Uhr

EU-Erweiterung: Chancen und Risiken für das deutsch-polnische Verhältnis

Ort: Hannover, Leibnizhaus, Holzmarkt 5

Gemeinsame Vortragsveranstaltung des EIZ Niedersachsen, der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Niedersachsen. Referent ist Janusz Tycner, Journalist aus Warschau.

8./9. Dezember 2001 - Samstag/Sonntag

Weihnachten in Europa

Ort: Celle, Schloß, Rittersaal

Präsentation von Weihnachtsbräuchen, -märchen, -spezialitäten und vieles mehr aus verschiedenen Ländern Europas, jeweils 10:00 bis 17:00 Uhr

*

Die aktuellen Termine der Veranstaltungen erfahren Sie beim Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen und im Internet unter www.europa-wird-bunter.de.

TERMINE 2002

26. Februar 2002

EU-Erweiterung: Muss sich das niedersächsische Handwerk neu positionieren?

Ort: Nienburg

Gemeinsame Veranstaltung von EIZ Niedersachsen, Handwerkskammer Hannover und Kreishandwerkerschaft Nienburg

Februar/März 2002 *

Europäische Landwirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung

Ort: Stade

Gemeinsame Veranstaltung des EIZ Niedersachsen und der Landwirtschaftskammer Hannover

26. April 2002 - Freitag - 14:00 bis 17:00 Uhr

EU-Erweiterung: Auswirkungen für den Mittelstand

Ort: Vertretung des Landes Niedersachsen in Berlin

Gemeinsame Veranstaltung des EIZ Niedersachsen und der Union Mittelständischer Unternehmen (UMU)

Mai 2002 *

EU-Erweiterung: Herausforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ort: Wolfsburg

Gemeinsame Veranstaltung des EIZ Niedersachsen und des DGB-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen

Frühjahr bis Herbst 2002 *

Konsumentenverhalten in Mittel- und Osteuropa - Chancen und Risiken für den deutschen Mittelstand

Vortragsreihe des EIZ Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband an verschiedenen Orten in Niedersachsen



Informationen
zur Kampagne des Landes Niedersachsen
und zum Thema EU-Erweiterung
finden Sie auch im Internet unter
www.europa-wird-bunter.de

Und die blinden- und sehbehindertengerechte Textversion
unter www.text.europa-wird-bunter.de

Lettland auf dem Weg in die EU

von Dr. Ronald Machner

Die NORD/LB erwarb im Jahre 2000 die Mehrheitsanteile (98 Prozent) der Lettischen Pirma Banka. Vorrangiges Ziel ist es, deutsche Kunden und Investoren sowie deutsch-lettische Gemeinschaftsunternehmen in Lettland zu begleiten. Mit etwa 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Filialen in ganz Lettland hat die Pirma Banka hierfür alle Voraussetzungen.

Warum ist Lettland und das Baltikum so interessant? Wirtschaftlich gesehen ist Lettland unter den EU-Beitrittskandidaten das wachstumsstärkste Land und insgesamt sehr erfolgreich. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag im Jahr 2000 bei 6,6 Prozent und soll 2001 um etwa 7 Prozent wachsen. Auch für die nächsten Jahre rechnet man mit Wachstumsraten um jährlich 6-8 Prozent. Auf der Basis einer straffen Geld- und Haushaltspolitik wurden die Inflationsraten auf 2-3 Prozent zurückgeführt. Die lettische Währung Lat ist seit Jahren stabil und jederzeit frei konvertierbar. Darüber hinaus verfügt Lettland über ein funktionierendes Bankensystem.

Im lettischen Außenhandel ist Deutschland inzwischen die Nummer eins, sowohl bei Importen als auch Exporten. Allerdings werden die Möglichkeiten des lettischen Marktes von deutschen Firmen noch unterschätzt. Abgesehen von einigen Großinvestoren aus den Bereichen Energie, Banken und Versicherungen ist der deutsche Mittelstand bis auf wenige Ausnahmen sehr zurückhaltend. Bei Direktinvestitionen in Lettland, die seit Jahren zweistellig wachsen, dominieren Investoren aus Skandinavien und den USA.

Sicherlich ist Lettland mit etwa 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Land mit einem kleinen Binnenmarkt. Auch die Kaufkraft ist mit etwa einem Fünftel der durchschnittlichen Kaufkraft der EU-Länder noch relativ schwach. Dennoch könnte das Potential für deutsche Unternehmen interessant sein:

- Hohes Qualifikationsniveau der lettischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lettland gehörte zum industriellen Zentrum der ehemaligen Sowjetunion, investiert aber auch heute enorm in Bildung und berufliche Qualifikation)

- Starke Position als Transitland zwischen EU und osteuropäischen Märkten wie z.B. Russland, Belarusland und Ukraine (etwa ein Drittel der Bevölkerung ist russischer Nationalität, was die Kontakte zu diesen Märkten sicherlich erleichtert).

- Vergleichsweise niedrige Lohnkosten mit etwa 300 EUR als monatlicher Durchschnitt; allerdings sollte man Lettland nicht als Niedriglohnland bezeichnen. Das Lohnniveau wächst, insbesondere in Bereichen wie Softwareindustrie, Management und qualifizierten Dienstleistungen.

- Ein Rechtssystem, das zunehmend EU-Standard entspricht und Investoren fördert (grundsätzlich Gewerbesteuerfreiheit, freier Gewinn- und Kapitaltransfer, Kauf von Unternehmen bis zu 100 Prozent, Kauf von Grund und Boden, steuerliche Vorteile).

- Gute natürliche Voraussetzungen in Bereichen wie der Holzindustrie.

- Eine große Offenheit und Freundlichkeit gegenüber deutschen Wirtschaftsvertretern.

Nordosteuropa und insbesondere der Ostseeraum sind Wachstumsregionen der Zukunft. In wenigen Jahren wird die nordöstliche Grenze der EU hier verlaufen. Die NORD/LB hat sich in Ihrer Auslandsstrategie auf diese Märkte fokussiert.

Ansprechpartner:

Dr. Ronald Machner
Leiter Unternehmensfinanzierung
Pirma Banka NORD/LB Group, Riga
Telefon: 00371 / 7015482

Projekt KOBRA unterstützt Opfer von Frauenhandel

von Theda Kröger

Seit den politischen Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten kommt die überwiegende Zahl der bekannt gewordenen Opfer von Menschenhandel aus diesen Ländern. In Niedersachsen waren es im Jahr 2000 rund 85 Prozent, darunter besonders stark vertreten die Erweiterungsländer Litauen mit 40 Prozent und Polen mit 13 Prozent. Deswegen liegt einer der Schwerpunkte der Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel, KOBRA, in der Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen in den Beitrittsländern. KOBRA ist ein Projekt des Vereins PHOENIX e.V. mit Sitz in Hannover und für ganz Niedersachsen zuständig. Finanziert wird KOBRA durch das Niedersächsische Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales.

In einigen Herkunftsländern existieren bzw. entstehen derzeit Nichtregierungsorganisationen, die zum Thema Frauenhandel arbeiten. Mit vielen dieser Einrichtungen, insbesondere der Stiftung LA STRADA mit Projekten in Warschau, Kiew, Prag und Sofia arbeitet KOBRA seit einigen Jahren zusammen. Es geht vor allem um Prävention, Rückkehrhilfe und Austausch von Know-how.

Prävention

Im Vorfeld der EXPO 2000 erstellte KOBRA gemeinsam mit Organisationen in Polen, der Ukraine, Weißrussland und der Tschechischen Republik eine Aufklärungsbroschüre über unseriöse Arbeitsvermittlungen, die die Gefahr in sich bergen, Opfer von Menschenhandel zu werden. Die Broschüre informierte außerdem über legale Arbeitsmöglichkeiten für Migrantinnen in Deutschland und wurde über die Partnerorganisationen in den Herkunftsländern verbreitet. Darüber hinaus überprüft KOBRA auch auf Anfrage aus den Partnerländern die Seriosität von Arbeitsangeboten in Deutschland.

Rückkehrhilfe

Die überwiegende Zahl der Opfer von Menschenhandel kehrt früher oder später ins Heimatland zurück. Sofern es dort Hilfsorganisationen gibt, bereitet KOBRA - vorausgesetzt die Betroffenen sind einverstanden - mit diesen gemeinsam die Rückkehr vor. Können die Frauen aus Sicherheitsgründen nicht in ihren Heimatort zurück, wird nach Möglichkeiten der Partnerorganisation versucht,

schon im Vorfeld eine Unterbringung und eine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit für die Frau zu organisieren.

Austausch von Know-how

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass einige der MOE-Staaten nicht mehr nur Herkunfts- sondern zunehmend selbst Zielländer für Menschenhandel werden, fanden in den Jahren 2000 und 2001 in Polen und der Slowakei Seminare für die Polizei, Justiz und Nichtregierungsorganisationen statt. Gemeinsam mit Vertretern des Fachkommissariats „Milieu“ in Hannover stellten Mitarbeiterinnen von KOBRA die Ansätze zur Bekämpfung von Menschenhandel des langjährigen Ziellandes Deutschland vor. Von besonderem Interesse war hierbei jeweils die Kooperation zwischen den Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Im September 2001 hospitierten außerdem zwei Kolleginnen von LA STRADA Warschau für eine Woche bei KOBRA in Hannover. Die Niedersächsische Staatskanzlei finanzierte den Aufenthalt.

Grundlage der Arbeit von KOBRA sind die bestehenden Regelungen im Bereich des Menschenhandels, für deren Umsetzung sich der Verein einsetzt. Dabei stehen die Interessen der Betroffenen im Vordergrund. Niedersachsenweit werden von Frauenhandel Betroffene muttersprachlich beraten, betreut und ihnen eine Unterbringung vermittelt. Zeuginnen werden auf ihre Prozesse vorbereitet und begleitet. Wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren, werden die Reisekosten organisiert und nach Möglichkeit Kontakte zu Hilfsorganisationen dort vermittelt.

Darüber hinaus organisiert KOBRA Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, vertritt die Belange der Frauen in verschiedenen Gremien und informiert die Öffentlichkeit. Der Verein initiiert Runde Tische und sorgt für die Vernetzung mit anderen Einrichtungen, insbesondere auch mit Hilfsorganisationen in den Herkunftsländern.

Ansprechpartnerin:

Theda Kröger

KOBRA

Postfach 4762, 30047 Hannover

Telefon: 0511 / 7011517, Fax: 0511 / 70113469

Umweltministerium plant Twinning-Partnerschaften mit Polen und der Slowakei

von Carola Schneider

Der Umweltbereich gehört mit zu den schwierigsten Verhandlungsgegenständen im Rahmen der Erweiterung. Eines der momentanen Hauptprobleme sind die mangelhaft ausgestatteten Umweltverwaltungen in den Beitrittsstaaten. Schon jetzt ist absehbar, dass gewaltige Summen notwendig sein werden, um die Staaten auf das in der EU vorgeschriebene Umweltschutzniveau zu bringen. Das niedersächsische Umweltministerium hat nun zwei Projekte in Vorbereitung, mit denen es Polen und die Slowakei unterstützen will.

Derzeitige Schätzungen zum Finanzbedarf gehen davon aus, dass Investitionen zwischen 70 und 110 Mrd. Euro notwendig sein werden, bis die Beitrittsstaaten das gleiche Umweltschutzniveau wie die jetzigen Mitgliedstaaten erreicht haben. Dabei noch nicht berücksichtigt ist der Finanzbedarf für die Umsetzung der in 2000 und später verabschiedeten Rechtsakte. Allein die Abwasserentsorgung zeigt, wo Investitionen benötigt werden. Nur zwischen 30 und 77 Prozent des Abwassers in den Beitrittsstaaten werden derzeit behandelt. Als besonders kostenintensiv gilt auch, die Industrieanlagen in den Ländern so auszustatten, dass sie die vorgeschriebenen Emissionswerte der EU erfüllen. Darüber hinaus erfüllt die Infrastruktur zur Abfallverwertung und -deponierung bislang in keinem Beitrittsland die EU-Anforderungen. Auch hier wird in großem Stil investiert werden müssen.

Bislang sind die Verhandlungen über den Umweltbereich mit Zypern, Tschechien, Slowenien, Litauen, Estland, Ungarn und Polen vorläufig abgeschlossen. Es reicht aber nicht aus, dass formal festgelegt wird, zu wann die Beitrittsstaaten den gemeinsamen Bestand an Umweltvorgaben umgesetzt haben müssen. Dringend notwendig ist vielmehr, die Beitrittsstaaten beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und bei der Umsetzung des gemeinsamen Besitzstandes aktiv zu unterstützen. Deswegen hat die EU die sogenannten Vorbeitrittsprogramme, wie das PHARE-Programm, aufgelegt. Damit können z.B. Twinning-Partnerschaften finanziert werden. Ziel dieser Beitrittspartnerschaften ist, dass die Altmitglieder ihr Wissen im Umgang mit dem europäischen Recht den Neumitgliedern zur Verfügung stellen. Hierzu sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltungen und Institutionen der EU-

Staaten gemeinsam mit den Beitrittsländern Projekte durchführen. Das läuft folgendermaßen ab: Im ersten Schritt definieren die Beitrittsstaaten die Projekte. Die Europäische Kommission muss diese dann billigen und schreibt sie anschließend aus. Daraufhin können sich Altmitglieder auf die einzelnen Projekte bewerben. Letztendlich entscheiden die Beitrittsländer, mit wem sie ihr Projekt durchführen wollen, das dann von der EU finanziert wird. Beide Seiten können dabei gewinnen: die Beitrittsstaaten werden sozusagen kostenlos beraten, die EU-Staaten machen mit, weil sie sich davon gute Städtepartnerschafts- und Geschäftskontakte versprechen.

Derzeit koordiniert das Bundesfinanzministerium 132 Twinning-Projekte mit Partnern aus deutschen Institutionen und Verwaltungen, davon 23 Projekte im Umweltbereich. Die Projekte, dauern zwischen 12 und 24 Monaten und werden federführend von einer Langzeitexpertin oder einem Langzeitexperten betreut, Teilaufgaben nehmen Kurzzeitexpertinnen und -experten wahr. Niedersachsen wird zwei Projekte im Umweltbereich durchführen, davon eines in Polen, das den Aufbau eines Luftmonitorings zum Ziel hat, und eines in der Slowakei. Dort will sich die Verwaltung mit der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung vertraut machen. Momentan werden noch die Vertragsbedingungen mit der EU-Kommission verhandelt. Anfang nächsten Jahres, spätestens im Frühjahr sollen die Projekte dann vor Ort umgesetzt werden.

Der Niedersächsische Umweltminister Wolfgang Jüttner wird aus seinem Geschäftsbereich bis zu zehn Langzeitexpertinnen und -experten für Projekte mit den Beitrittsstaaten freistellen. Für den Landeshaushalt entstehen dadurch keine Kosten, denn die Personalkosten werden durch PHARE-Gelder refinanziert.

Weitere Informationen
beim Niedersächsischen Umweltministerium durch
Hans-Peter Dreiser Telefon: 05 11 / 120 - 34 72
Carola Schneider Telefon: 05 11 / 120 - 32 97

Internationales Polizeiprojekt zur EXPO 2000

von Wolfgang Horn

Anlässlich der Weltausstellung EXPO 2000 und dem damit verbundenen größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, führte die Polizeidirektion Hannover gemeinsam mit dem Bundesgrenzschutzamt Hannover das in diesem Umfang weltweit einmalige Projekt „Beteiligung ausländischer Polizeibeamter am Polizeieinsatz aus Anlass der Weltausstellung EXPO 2000“ durch. Über einen Zeitraum von fünf Monaten versahen 184 Polizeibeamtinnen und -beamte aus 19 Nationen (alle EU-Mitgliedstaaten außer Griechenland, von den mittel- und osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn sowie Russland, außerdem Kanada und die USA) verteilt über sechs Perioden je dreieinhalb Wochen Dienst in Hannover. Vorangegangen war ein Pilotprojekt zur Computerfachmesse CeBIT'99, in dem 28 Polizeibeamte aus fünf EU-Nationen am Polizeieinsatz beteiligt waren. Beide Projekte wurden finanziell von der EU gefördert.

Das Konzept für den EXPO-Einsatz war im Vorfeld mit den Delegationsleitern aller beteiligten Nationen in zwei internationalen Besprechungen abgestimmt worden. Dazu gehörte auch die Vorbereitung der beteiligten Beamtinnen und Beamten in zwei Schritten: zunächst im Heimatland mittels einer vom Gastgeberland produzierten (auch englischsprachigen) CD-ROM und dann unmittelbar vor jeder Einsatzperiode gemeinsam außerhalb Hannovers.

Für die Einsatzphasen wurden feste Teams mit jeweils einem ausländischen und einem deutschen Beamten gebildet. Zum Einsatz kamen die Teams sowohl in verschiedenen Einsatzabschnitten der EXPO als auch in den Dienststellen der Polizeidirektion Hannover bzw. des Bundesgrenzschutzes. Die Beamtinnen und Beamten waren dabei überwiegend im Einsatz- und Streifendienst an Örtlichkeiten mit hohem Publikumsaufkommen, wie EXPO-Gelände, Innenstadt, Flughafen und Hauptbahnhof - überwiegend auf Sachbearbeiter- und unterer bis mittlerer Führungsebene - eingesetzt. Sie versahen den Dienst in ihrer nationalen Uniform und verständigten sich auf englisch.

Für die Dienstverrichtung wurden den Beamten umfassende gefahrenabwehrende nicht jedoch strafverfolgende Eingriffsbefugnisse übertragen.

Mit dem Projekt waren folgende Ziele verbunden:

- Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit,
- Umfassender Erfahrungsaustausch in möglichst vielen Bereichen polizeilicher Arbeit,
- Förderung der Beziehungen zwischen den am Projekt beteiligten Polizeien,
- Vermittlung von Kenntnissen über die verschiedenen nationalen Rechtssysteme sowie Aufgaben, Strukturen und Arbeitsverfahren der beteiligten Polizeien für ein besseres Verständnis nationalstaatlicher Vorgehensweisen, und um Verfahrensabläufe für den gemeinsamen Dienst am Bürger zu optimieren,
- Förderung der allgemeinen Sprachkenntnisse und der polizeilichen Fachsprache als unabdingbare Voraussetzung für die Kommunikation zwischen den im Projekt eingesetzten Polizeikräften,
- Erlangung von Erkenntnissen über rechtliche und sonstige Probleme bei der praktischen Zusammenarbeit von internationalen Teams und der Übertragung von Rechtsbefugnissen an ausländische Polizeibeamte,
- Entwicklung von gemeinsamen Aus- und Fortbildungsmodulen in internationaler Zusammenarbeit für die gemeinsame Aufgabenerfüllung,
- Hospitation bei Polizeidienststellen und Einbindung in die aus Anlass der EXPO 2000 geschaffene polizeiliche Aufbauorganisation zur Gewinnung multinationaler Erfahrungen für die Bewältigung polizeilicher Großeinsätze,
- Etablierung dauerhafter multilateraler Partnerschaften mit wechselseitiger Unterstützung und zum gegenseitigen Informationsaustausch als Element multinationaler Zusammenarbeit.

Das Projekt wurde auch wissenschaftlich begleitet. Im Ergebnis bewerteten die eingesetzten Beamtinnen und Beamte und Teile der befragten Öffentlichkeit das Projekt als sehr erfolgreich. Aus ihrer Sicht wurden die Ziele durch den umfassenden internationalen Austausch von Erfahrungen und Informationen sowie durch den gemeinsamen Dienst in hohem Maße erreicht. Dabei fiel insbesondere die hohe Motivation der eingesetzten Beamtinnen und Beamten auf, ebenso wie das rege Interesse von Medien und Öffentlichkeit. Die Ergebnisse zeigten auch eine große Akzeptanz bei der Bevölkerung. So gaben lediglich sechs Prozent von rund 2500 befragten Besucherinnen und Besucher der Weltausstellung an, sie würden den Weisungen eines ausländischen Polizeibeamten nicht Folge leisten. Ein bemerkenswertes Ergebnis und deutliches Signal in Richtung der politisch Verantwortlichen.

Die geknüpften Beziehungen müssen nun auch außerhalb von Projekten weiter ausgebaut werden. Wünschenswert wäre, wenn die sich nicht wesentlich unterscheidenden rechtlichen Vorgaben zumindest auf europäischer Ebene harmonisiert würden. Das würde die Zusammenarbeit von internationalen polizeilichen Teams fördern.

Im Rahmen des Erfahrungsaustausches während des Projektes konnten die Beteiligten - die deutschen eingeschlossen - spezifische Erkenntnisse für ihre alltägliche Arbeit oder für die Bewältigung von schwierigen Lagen gewinnen. Als besonders interessant beurteilten fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass sich die polizeiliche Arbeit, die Aufgaben, die zu bewältigenden Probleme sowie das Selbstverständnis international nicht wesentlich unterscheiden. Das bestätigten gleichermaßen die Teilnehmenden aus den Erweiterungsländern. So sagte ein Ungar: „Nun weiß ich, dass Polizeiarbeit überall die gleiche ist!“.

Ansprechpartner:

Polizeioberrat Wolfgang Horn
Polizeidirektion Hannover
Waterloostr. 9
30169 Hannover
Telefon: 0511 / 109 - 8801
Telefax: 0511 / 109 - 2150
E-mail: Wolfgang.Horn@
pd-hannover.polizei.niedersachsen.de

Partnerschaft mit Posen unter „Regions“-Vorzeichen

Interview mit dem neuen Präsidenten der Region Hannover, Dr. Michael Arndt



Dr. Michael Arndt

Herr Dr. Arndt, im vergangenen Dezember hat der Landkreis Hannover mit dem Landkreis Posen einen Partnerschaftsvertrag geschlossen, für den der Niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Wolfgang Senff die Partnerschaft übernommen hat. Seit dem 1. November 2001 gibt es keinen Landkreis Hannover mehr. Was wird nun aus dem Vertrag und den vielen guten Absichten und Hoffnungen, auf denen er beruht?

Dr. Arndt: Die Vertragspartner waren sich von Anfang an bewusst, dass der Landkreis Hannover noch binnen Jahresfrist nach der Vertragsunterzeichnung in der Region Hannover aufgehen würde. Insofern war es fester Wille aller Beteiligten, diese Partnerschaft als eine der künftigen Region Hannover zu betrachten. Außerdem bringt die Landeshauptstadt Hannover 20 Jahre Erfahrungen aus ihrer Partnerschaft mit der Stadt Posen ein. Davon erwarte ich zusätzliche Impulse für die neue Partnerschaft mit dem Kreis Posen.

Was hat Sie dazu veranlasst, sich für den Landkreis Posen zu entscheiden?

Dr. Arndt: Die Partnerschaft als solche ist auch vor dem Hintergrund der Neugründung von Landkreisen in der kommunalen Selbstverwaltung Polens zum 1. Januar 1999 zu sehen. Der Deutsche Landkreistag und der polnische kommunale Spitzenverband hatten seinerzeit angeregt, den polnischen Landkreisen Verwaltungshilfe zu leisten. Außerdem lag es angesichts der Partnerschaft zwischen den Städten Posen und Hannover nahe, dass sich ein gegenseitiges Interesse entwickeln würde.

Sie haben damals bei Vertragsschluss gesagt, die Partnerschaft müsse nun durch die Begegnung von Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen mit Leben erfüllt werden. An welche Aktionen dachten Sie dabei, was stellen Sie sich konkret für die Region Hannover vor?

Dr. Arndt: Eine Partnerschaft macht nur Sinn, wenn sie von einer möglichst breiten Basis getragen wird. Insofern werden sich die Repräsentanten der beiden Kreise bzw. künftig die Region Hannover nicht darauf beschränken, sich von Zeit zu Zeit ihrer gegenseitigen Hochachtung zu versichern. In Sachen Verwaltungshilfe haben wir schon gute Vorarbeit geleistet. So absolvierten Kolleginnen aus dem Kreis Posen beispielsweise mehrwöchige Arbeitsaufenthalte beim Landkreis Hannover. Außerdem hatten wir unsere Delegation nach Posen im Frühjahr diesen Jahres um Fachleute aus der Wirtschaft, der Landwirtschaft und den Sozialverbänden ergänzt, neben Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik und Mitarbeitern der Verwaltung. Des Weiteren hat in den vergangenen Herbstferien ein erster Jugendaustausch stattgefunden, zu dem polnische und deutsche Jugendliche eine gemeinsame Woche im Schullandheim des Landkreises Hannover auf der Insel Föhr verbrachten. Anschließend waren die polnischen Jugendlichen noch eine zweite Woche zu Gast in den Familien ihrer neuen Freundinnen und Freunde.

Erfreulicherweise haben wir durch den Partnerschaftsvertrag inzwischen auch Partnerschaften von vier kreisangehörigen Gemeinden mit Gemeinden aus dem Landkreis Posen.

Danke für das Gespräch!

Projekt „Internationale Abwasserpartnerschaften“

- ein Mosaik im EU-Erweiterungsprozess

von Manfred Klein



Vor dem Hintergrund der geplanten EU-Erweiterung sehen sich vor allem die Städte und Gemeinden in den Staaten Mittel- und Osteuropas auch auf dem Abwassersektor vor besonderen Herausforderungen gestellt. Hier Erfahrungen und Kenntnisse nachhaltig anzubieten, welche auf kommunaler Ebene in Deutschland jahrzehntelang gesammelt werden konnten, ist der Sinn der internationalen Abwasserpartnerschaften. Geboren wurde diese Idee Mitte des letzten Jahres anlässlich eines internationalen Abwassersymposiums, welches die Kommunale Umwelt-Aktion U.A.N. mit Förderung der Deutschen Bundesstiftung in Celle veranstaltet hat.

Die an einer internationalen Abwasserpartnerschaft beteiligten Kommunen verpflichten sich, über Ländergrenzen hinweg auf dem Gebiet der Abwasserbehandlung vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Kernstück des Partnerschaftsverhältnisses ist der fachlich fundierte Austausch von Wissen und Erfahrung. Durch den Bezug zur kommunalen Praxis erhalten die internationalen Abwasserpartnerschaften ihren besonderen Stellenwert.

Spontan fanden sich während des Abwassersymposiums in Celle 12 kommunale Gebietskörperschaften bereit, internationale Abwasserpartnerschaften zu gründen. Beteiligt waren sechs Kommunen aus Deutschland, fünf aus Polen und eine aus Lettland.

Inzwischen ist die Zahl der kommunalen Körperschaften, die internationale Abwasserpartnerschaften offiziell abgeschlossen haben, auf 36 angestiegen (10/2001). Weitere 47 Kommunen sind auf der Suche nach geeigneten Abwasserpartnern und haben sich daher bei der U.A.N. in „Wartelisten“ registrieren lassen. Sie stammen aus Lettland, Litauen, Kroatien, Palästina, Polen, Region Kaliningrad, Tschechien, Ungarn und Deutschland.

Das Hauptkontingent der an dem Aktionsprogramm beteiligten Partnerkommunen ist in Polen und Deutschland beheimatet. Für polnische und deutsche Kommunen hat daher die U.A.N. gemeinsam mit dem Niedersächsischen Landesamt für Ökologie, Hildesheim, vom 5.-7. Juni 2001 im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) St. Marienthal/Ostritz mit finanzieller Unterstützung der EU-Kommission und der Niedersächsischen Landesregierung eine Kontakt- und Informationsbörse als Forum für einen 1. Erfahrungsaustausch veranstaltet.

Erster Erfahrungsaustausch für polnische und deutsche Kommunen in Sankt Marienthal - Der Workshop 1 diskutiert Finanzierungsmodelle für den Bau von Abwasseranlagen



Gründung der ersten internationalen Abwasserpartnerschaften in Celle

Obwohl das Tagungsprogramm im wesentlichen auf die Abwasserproblematiken der polnischen Kommunen zugeschnitten war, befanden sich unter den 83 Teilnehmern auch einige Kommunalvertreter aus Litauen, Lettland, Tschechien und Ungarn. Dies mag als Indiz dafür dienen, dass die Thematik „Abwasserbeseitigung“ auch in diesen Ländern von großer Aktualität ist.

Wertvoll war für alle Beteiligten die Erkenntnis, dass es in polnischen und deutschen Kommunen auf dem Abwassersektor vergleichbare Problemlagen gibt, für die auf deutscher Seite in der Vergangenheit bereits weitgehend Lösungen gefunden werden konnten. Die internationalen Abwasserpartnerschaften bilden daher eine nahezu ideale Plattform, um Lösungsansätze aufzuzeigen. Gerade in der

Phase der Beitrittsvorbereitungen sind die mittel- und osteuropäischen Städte und Gemeinden auf eine solche nachhaltige Unterstützung dringend angewiesen.

Die Marienthaler Informations- und Kontaktbörse ist insbesondere bei den Teilnehmern auf eine gute Resonanz gestoßen, die den Wunsch nach weiteren derartigen Veranstaltungen geäußert haben. Das hat die U.A.N. ermutigt, im kommenden Jahr zwei weitere Konferenzen im Rahmen ihres Projektes zu planen. Mit polnischen und deutschen Kommunen wird ein 2. Erfahrungsaustausch voraussichtlich vom 21.-23. Mai 2002 in Zgorzelec stattfinden. Kommunen aus dem Baltikum sowie der Region Kaliningrad und aus Deutschland soll erstmalig eine gleichartige Veranstaltung vom 14.-17. Oktober 2002 in Jurmala/Lettland angeboten werden.

Diese Planungen werden sich nur dann verwirklichen lassen, wenn sie wiederum eine finanzielle Hilfe von europäischen oder staatlichen Institutionen erfahren. Mit dem Ziel, auf längere Sicht von solchen Förderungen unabhängiger zu werden, hat die U.A.N. im Sommer dieses Jahres die Stiftung „IntEF-U.A.N.“ ins Leben gerufen. Die Erträge des Stiftungsvermögens sollen mittelfristig dazu dienen, die Kosten für die Durchführung von Konferenzen der U.A.N. oder von Begegnungen zwischen einzelnen Abwasserpartnergemeinden finanziell zu unterstützen.

Das Projekt der internationalen Abwasserpartnerschaften ist knapp eineinhalb Jahre alt; es hat verhältnismäßig schnell an Fahrt gewonnen und mit der Marienthaler Veranstaltung seine erste Bewährungsprobe bestanden. Es ist letztlich nur ein kleines Mosaik auf dem steinigen Weg zur geplanten EU-Erweiterung, jedoch eines, welches neben dem eigentlichen Anliegen der internationalen Abwasserpartnerschaften noch eine andere eminente Bedeutung hat - die menschliche Begegnung, das Abbauen von Ressentiments, die oft von gegenseitiger Unkenntnis und von Vorurteilen getragen werden. Es gibt kaum eine andere öffentliche Ebene als die der kommunalen Kooperation, die über Ländergrenzen hinweg die Begegnung und das Verständnis der Menschen füreinander vertiefen kann.

Weitere Informationen:

Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N.
Arnswaldtstraße 28
30159 Hannover
Telefon: 05 11 / 302 85 60
Telefax: 05 11 / 302 85 56
E-mail: uan@nsgb.de
Internet: www.uan.de

Infos über Europa

Niedersächsischer Minister
für Bundes- und Europaangelegenheiten
in der Staatskanzlei
Clemensstraße 17
30169 Hannover
Telefon: (0511) 120 - 46 47
Telefax: (0511) 120 - 46 99
E-Mail: Poststelle@stk.niedersachsen.de
Internet: www.niedersachsen.de

Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen
Aegidientorplatz 4
30159 Hannover
Telefon: (0511) 120 - 88 88
Telefax: (0511) 120 - 88 89
E-Mail: info@eiz-niedersachsen.de
Internet: www.eiz-niedersachsen.de

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union
24, Avenue Palmerston
B-1000 Brüssel
Telefon: (00322) 230 00 17
Telefax: (00322) 230 13 20
E-Mail: eu.vertretung@niedersachsen.be
Internet: www.niedersachsen.de

Europa-Büros der Bezirksregierungen in Niedersachsen

Bezirksregierung Braunschweig
Europa-Büro
Bohlweg 38
38100 Braunschweig
Telefon: (0531) 484 - 38 54
Telefax: (0531) 484 - 36 63
E-Mail: Rainer.Gese@br-bs.niedersachsen.de
Internet: www.bezirksregierung-braunschweig.de

Bezirksregierung Hannover
Europa-Büro
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Telefon: (0511) 106 - 74 90
Telefax: (0511) 106 - 75 22
E-Mail: Antje.Hoehl@br-h.niedersachsen.de
Internet: www.bezreg-hannover.niedersachsen.de

Bezirksregierung Lüneburg
Europa-Büro
Auf der Hude 2
21332 Lüneburg
Telefon: (04131) 15 - 25 02
Telefax: (04131) 15 - 29 32
E-Mail: info@carrefour-lueneburg.de
Internet: www.bezirksregierung-lueneburg.de
www.carrefour-lueneburg.de

Bezirksregierung Weser-Ems
Europa-Büro
Theodor-Tantzen-Platz 8
26122 Oldenburg
Telefon: (0441) 799 - 24 51
Telefax: (0441) 799 - 62 451
E-Mail: Werner.Repenning@br-we.niedersachsen.de
Internet: www.weser-ems.de

Euro Info Centre (EIC) Hannover
NATI Niedersächsische Agentur für
Technologietransfer und Innovation GmbH
Vahrenwalder Straße 7
30165 Hannover
Telefon: (0511) 9357 - 122, - 122
Telefax: (0511) 9357 - 439
E-Mail: eic@nati.de
Internet: www.eic-hannover.de

Euro Info Centre / EU-Beratungsstelle
Fachhochschule Osnabrück
Albrechtstraße 30
49009 Osnabrück
Telefon: (0541) 969 - 29 24, - 29 54
Telefax: (0541) 969 - 29 90
E-Mail: egbuero@hermes.rz.fh-osnabrueck.de
Internet: www.et.fh-osnabrueck.de/eic/eichome.htm

Europa-Informationen im Internet



Europa-Büros der Bezirksregierungen in Niedersachsen

Fortsetzung

Euro Info Centre (EIC) in Niedersachsen

www.niedersachsen-und-europa.de

www.eiz-niedersachsen.de

www.europa-wird-bunter.de

www.nireb.de

www.europaminister.de

www.europa.eu.int

Weitere Informationsstellen in Niedersachsen

Innovation Relay Centre (IRC)
 Niedersachsen / Sachsen-Anhalt
 Vahrenwalder Straße 7
 30165 Hannover
 Telefon: (0511) 9357 - 491
 Telefax: (0511) 9357 - 439
 E-Mail: IRC@nati.de
 Internet: www.nati.de/irc

Carrefour Niedersachsen-Lüneburg
 Information und Beratung für den ländlichen Raum
*Kontakt über das Europa-Büro
 der Bezirksregierung Lüneburg*

Informationsstellen in Deutschland

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
 11044 Berlin
 Bestellung von Infos und Broschüren:
 Telefon: (01805) 22 - 19 96
 Telefax: (01805) 22 - 19 97
 Euro-Info-Line:
 Telefon: (01805) 22 - 19 99

Europäisches Parlament
 Informationsbüro für Deutschland
 Unter den Linden 78
 10117 Berlin
 Telefon: (030) 2280 - 10 00
 Telefax: (030) 2280 - 11 11
 E-Mail: epberlin@europarl.eu.int
 Internet: www.europarl.de

Europäische Kommission
 Vertretung in Deutschland
 Unter den Linden 78
 10117 Berlin
 Telefon: (030) 2280 - 20 00
 Telefax: (030) 2280 - 22 22
 E-Mail: eu-kommission-de@cec.eu.int
 Internet: www.eu-kommission.de

Herausgeber:
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2, 30169 Hannover

November 2001

Titel-Grafik: Stephan Tewes

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem
Recyclingpapier

Verteilung durch:
Europäisches
Informations-Zentrum Niedersachsen
Aegidientorplatz 4, 30159 Hannover
Telefon: (0511) 120 - 88 88
Telefax: (0511) 120 - 88 89
E-Mail: info@eiz-niedersachsen.de
Internet: www.eiz-niedersachsen.de

Europa-Fokus Niedersachsen
im Internet unter: www.europa-fokus.de